

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Hannover waren seit jeher nicht nur Triebfedern der Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in den hannoverschen Metallbetrieben. Sie waren auch immer wesentliche Gestaltungsakteure unserer Stadtgesellschaft. So wurde beispielsweise Mitte der 1940er Jahre in Hannover unter der Führung von Heini Menius der erste Streik nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich durchgeführt und weitreichende Mitbestimmungsrechte bei der Firma Bode Panzer erstritten. Claus Wagner ist es zu verdanken, dass die Bedeutung des Internationalen Frauentags im Bewusstsein der gesamten IG Metall deutlich gestiegen ist. Die Stärkung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung bei Volkswagen Nutzfahrzeuge ist ein Erfolg von Dieter Dicke, der schon als Ehrenamtlicher die systematische Mitgliederwerbung vorantrieb. Die Friedensarbeit und damit das herausragende Ansehen der IG Metall im Zusammenhang mit unserer örtlichen Erinnerungsarbeit ist eng mit dem Engagement von Reinhard Schwitzer verbunden. Mit Alfred Dannenberg und Otto Brenner kamen sogar bundesweit und international wirkende Metaller aus Hannover. Otto Brenner war ab 1956 Vorsitzender der IG Metall und ab 1961 Präsident des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB). Diese Position bekleidete zuvor auch Alfred Dannenberg von 1961 bis 1971.



Dirk Schulze



Sascha Dudzik

Im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 125. Jubiläum der IG Metall und dem 70-jährigem Bestehen der IG Metall Geschäftsstelle Hannover im Jahr 2016 entstand die Überlegung, eine Chronik der Ersten Bevollmächtigten zu erstellen. Es ist für unsere gemeinsame Aufgabe wichtig, die wesentlichen Wegmarken der vergangenen sieben Jahrzehnte nicht zu vergessen und sie in unserer kollektiven Erinnerung zu behalten. Der Blick auf die ehemaligen Ersten Bevollmächtigten macht durchaus Sinn, denn sie sind immer mit den gewerkschaftlichen Kämpfen ihrer Zeit verbunden. Sie haben häufig die Wege bereitet und grundlegende Entscheidungen vorbereitet. Natürlich ist politischer Fortschritt niemals das Ergebnis der Arbeit von einzelnen Personen. Viele Akteure der IG Metall Hannover haben ihren Anteil daran: Die ehrenamtlichen Aktiven in den Betrieben und Gremien, die Verwaltungsangestellten in der Geschäftsstelle und natürlich auch die politischen Sekretäre. Auf ihrer gemeinsamen Arbeit fußt der Erfolg unserer heutigen Gewerkschaftsarbeit. Dies ist uns bewusst.

Für die Erstellung dieser vorliegenden Chronik konnten wir den Historiker Dr. Marcel vom Lehm sowie engagierte Mitglieder der IG Metall Jugend ge-



winnen. Gemeinsam führten sie im Jahr 2017 Gespräche mit den ehemaligen Ersten Bevollmächtigten Claus Wagner, Dieter Dicke und Reinhard Schwitzer. Die zahlreichen neuen Informationen und Hintergründe dienten als Grundlage für diese Broschüre. Die Texte zu Alfred Dannenberg, Otto Brenner und Heini Menius sind aus uns zugänglichen historischen Schriftquellen zusammengestellt worden, wie beispielsweise Geschäftsberichte und Broschüren. Dr. Marcel vom Lehm hat alle Texte erstellt und gibt zahlreiche Hinweise, die das Einordnen der Ereignisse in den historischen Kontext erleichtern.

Dirk Schulze
Erster Bevollmächtigter

Sascha Dudzik
Zweiter Bevollmächtigter



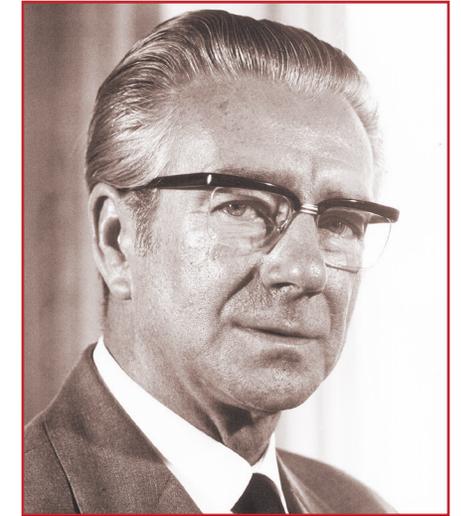
Otto Brenner

Otto Brenner war nicht nur der langjährige Erste Vorsitzende der IG Metall (1956–1972), sondern unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auch der Erste Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Hannover.

Der 1907 geborene Brenner, der sich bereits in der Weimarer Republik (1918–1933) ehrenamtlich im Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) engagiert hatte, setzte sich seit dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft im Mai 1945 für den Wiederaufbau der Gewerkschaften in seiner Heimatstadt ein. Diese Anfänge waren schwierig, denn offiziell blieben Gewerkschaften auch nach Kriegsende zunächst verboten und Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen in anderen Städten kamen nur mühsam zustande, da Verkehrs- und Nachrichtenwege im kriegszerstörten Deutschland kaum funktionierten.

Die Situation besserte sich erst, als die für Hannover zuständige britische Besatzungsmacht Anfang Herbst 1945 einzelne Versammlungen genehmigte und am 7. November die *Allgemeine Gewerkschaft* zuließ. Diese *Allgemeine Gewerkschaft* war eine Einheitsgewerkschaft, in der sich die Mitglieder aller Branchen unter einem Dach in sogenannten Wirtschaftsgruppen organisierten. Vorsitzender der Wirtschaftsgruppe Metall in Hannover wurde zunächst Heinrich Heine, der als Erster Bevollmächtigter 1930–1933 der letzte Leiter des DMV vor der NS-Machtübernahme in Hannover gewesen war. Doch da Heine bereits 65 Jahre alt war, verzichtete er auf eine Kandidatur bei der ersten Delegiertenkonferenz der Wirtschaftsgruppe Metall. Die Delegierten wählten stattdessen am 8. April 1946 Heines Stellvertreter Otto Brenner zum neuen Vorsitzenden.

Für Brenner, der unter dem NS-Regime zwei Jahre im Gefängnis gesessen hatte, war die Demokratisierung von Gesellschaft *und* Wirtschaft die entscheidende Lehre aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus. Da eine Sozialisierung der Produktionsmittel nicht zur Debatte stand, war sein Hauptziel, so viel betriebliche Mitbestimmung wie möglich zu erreichen. Hierfür organisierte er sogar den ersten Streik in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Gelegenheit hierzu erhielt er, als die Belegschaft des Hannoveraner Sicherheitsunternehmens Bode-Panzer im November 1946 die Arbeit niederlegte, weil ihr die Firmenleitung jedes Mitspracherecht verweigerte. Nach einigen Tagen übertrug der Betriebsrat die Streikleitung der Wirtschaftsgruppe Metall. Brenner gab seinen zuständigen Sekretären Alfred Dannenberg und Heinrich Menius



Otto Brenner, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover, 1947



die notwendige Rückendeckung, um den Streik konsequent durchzuführen, der am 14. Dezember 1946 mit einem Erfolg endete: Bode-Panzer musste weitgehenden Mitwirkungsrechten der Beschäftigten zustimmen. In der Folge übernahmen zahlreiche weitere Unternehmen die bei Bode vereinbarten Regelungen. Brenners Bode-Panzer-Streik besaß deutschlandweite Bedeutung. Erstmals demonstrierte eine Gewerkschaft nach Kriegsende öffentlich ihre Stärke, nicht zuletzt, weil der Gegenspieler Hermann Bode zugleich Vorsitzender des Metallindustrieverbandes war.

Um Mitwirkungsrechte durchzusetzen, scheute sich Brenner auch nicht vor Konflikten mit Gewerkschaftskollegen. Anlass bot ihm der im Juni 1947 begonnene Streik im Hannoveraner Zweigwerk der Kölner Apparatebau-Firma Schmidding. Die Belegschaft hatte die Arbeit niedergelegt, um gegen die fristlose Entlassung ihres Betriebsratsvorsitzenden Hartung zu protestieren, der Material über die NS-Vergangenheit des Betriebsleiters Franz Kraus zusammengetragen hatte. Während der Hauptvorstand der mittlerweile gegründeten IG Metall diesen Konflikt vor das Arbeitsgericht bringen wollte, setzte Brenner auf einen Streik als entscheidendes Mittel. Um diesen offiziell zu rechtfertigen und die Zuständigkeit der Ortsverwaltung zu begründen, fügte er den Forderungen der Belegschaft noch das Verlangen nach einer Betriebsvereinbarung bei Schmidding hinzu. Zwar war er eigentlich auf eine Streikgenehmigung der IG Metall-Leitung in der britischen Besatzungszone angewiesen, doch durch seine uneingeschränkte und öffentliche Unterstützung des Schmidding-Streiks erzwang Brenner geradezu die Genehmigung des Hauptvorstandes am 7. Juli 1947. Brenner und die Ortsverwaltung Hannover untermauerten damit ihre Kampfbereitschaft für betriebliche Mitbestimmung, auch wenn dem Schmidding-Streik letztlich kein Erfolg beschieden war. Das Hannoveraner Werk wurde durch die Alliierten demontiert und anschließend geschlossen. Dass die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden im Nachhinein für ungültig erklärt wurde, hatte daher nur noch formale Bedeutung.

Brenners Amtszeit in der Ortsverwaltung Hannover war eine Übergangsphase in mehrfacher Hinsicht. Die *Allgemeine Gewerkschaft* als Einheitsorganisation hatte keine Zukunft. Die britische Besatzungsmacht und die Mehrheit der Gewerkschaftsfunktionäre, darunter auch Brenner selbst, bevorzugten die Gründung unabhängiger Industriegewerkschaften, wie es sie schon vor 1933 gegeben hatte. So entstand anstelle der Wirtschaftsgruppe auf der Gründungskonferenz in Peine am 20./21. Februar 1947 die neue Industriegewerkschaft Metall. Brenner übernahm automatisch die Leitung der IG Metall-Ortsverwaltung Hannover unter dem traditionellen Titel des Ersten Bevollmächtigten. Gleichzeitig entwickelte er aber auch schon landesweite Ambitionen. Noch Ende 1946 hatten ihn die Delegierten der niedersächsischen Wirtschaftsgruppen Metall in Wolfsburg zum Landesvorsitzenden gewählt. Doch war es kei-



neswegs sicher, dass Brenner deswegen auch niedersächsischer Bezirksleiter der IG Metall werden würde, denn der Hauptvorstand schätzte ihn aufgrund der inhaltlichen Auseinandersetzungen nicht. Wahrscheinlich nicht zuletzt wegen dieser Unsicherheit behielt Brenner neben dem Landesvorsitz in Personalunion noch die Funktion des Ersten Bevollmächtigten, obwohl er die Büros von Bezirk und Ortsverwaltung bereits Anfang 1947 trennen ließ. Auf der ersten ordentlichen Konferenz des neugeschaffenen IG Metall-Bezirks Hannover am 31. Oktober 1947 in Ricklingen wurde Brenner allerdings trotz aller Widerstände des Hauptvorstandes einstimmig zum neuen Bezirksleiter gewählt. In der Folge gab er zum Jahresende 1947 sein Amt als Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover auf.



Gestaltete Glasfassade zum Gedenken an Otto Brenner am Postkamp 12.



Alfred Dannenberg, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover von 1948–1953.

Alfred Dannenberg

Der 27-jährige Alfred Dannenberg handelte entschlossen und vorbereitet, als die Nationalsozialisten Anfang 1933 in Deutschland die Macht übernahmen. Über Mittelsmänner im Ausland beschaffte er regimekritische Zeitungen, die er am Hauptbahnhof Hannover selbst in Empfang nahm und an Gleichgesinnte weitergab. Dannenberg war Mitglied des verbotenen Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), der antifaschistische Publikationen im Untergrund verbreitete. Erst 1937/38 konnte die Geheime Staatspolizei den ISK zerschlagen, doch während die meisten Mitglieder verhaftet wurden, gelang Dannenberg die Flucht ins Ausland.

Am 8. März 1906 war Dannenberg in Hannover-Linden als Sohn eines Fabrikarbeiters zur Welt gekommen. Die Umgebung, in der er aufwuchs, war sozialdemokratisch geprägt, auch sein Vater war SPD- und Gewerkschaftsmitglied. Der junge Alfred machte nach der Volksschule eine Schlosserlehre, die er 1922 abschloss. Er wurde Mitglied in der SPD-nahen Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ)

und der Jugend des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV). In seinem Ausbildungsbetrieb engagierte er sich zudem als Jugendvertrauensmann. Einen Beruf konnte Dannenberg nach seiner Lehre jedoch nicht finden – zwei Jahre lang war er arbeitslos, dann begann er eine weitere Ausbildung, durch die er 1927 eine Stelle als Revisor bei Hanomag erhielt. Dort lernte er auch seinen späteren Weggefährten Otto Brenner kennen.

Spätestens während seiner zweiten Ausbildung entfernte sich Dannenberg politisch von der SPD. Stattdessen wurde er 1925/26 Mitglied im ISK, der sich an den Lehren des Göttinger Philosophen Leonard Nelson orientierte. Nelson verfocht die Idee eines elitären Sozialismus, in dem eine ‚Partei der Vernunft‘ geeignete Führungspersönlichkeiten nach wissenschaftlichen Kriterien auswählen sollte. Die Volkssouveränität lehnte der ISK daher ebenso ab wie demokratische Mehrheitsentscheidungen. Die Gruppe war streng hierarchisch gegliedert und verlangte von ihren Mitgliedern unter anderem den Kirchenaustritt, eine vegetarische Ernährung sowie den Verzicht auf Alkohol und Tabak. Aufgrund dieser selektiven Vorgaben konnte der ISK in der Weimarer Republik (1918-1933) nie mehr sein als eine kleine Splitterorganisation. Deutschlandweit hatte er etwa 200 Mitglieder. Hannover war allerdings eine ISK-Hochburg mit 30-35 aktiven Angehörigen und noch mehr Sympathisanten, zu denen auch der Abstinenzler Otto Brenner gehörte.



Sein elitärer Charakter kam dem ISK nach der NS-Machtübernahme zugute. Besser als viele Massenorganisationen war die kleine, homogene Gruppe mit gut geschulten Aktivisten auf die Arbeit in der Illegalität vorbereitet und blieb dadurch jahrelang unentdeckt. Von Anfang an legte der ISK den Schwerpunkt auf illegale Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben. Als der ISK durch das NS-Regime schließlich doch aufgerieben wurde, floh Alfred Dannenberg zunächst in die Schweiz. Dies bedeutete für ihn allerdings nur eine kurze Verschnaufpause, denn der politische Druck des nationalsozialistischen Deutschlands und eine verbreitete antikommunistische Stimmung in der Alpenrepublik machten NS-Verfolgte zu unerwünschten Personen. Dannenberg musste die Schweiz verlassen und wurde kurz darauf auch aus Liechtenstein ausgewiesen. Sichere Aufnahme fand er stattdessen im Jahr 1938 in London, wo sich mittlerweile die Exilzentrale des ISK etabliert hatte, die Unterstützung durch die britische Labour-Party erhielt.

In Großbritannien verdiente Dannenberg seinen Lebensunterhalt als Werkzeugmacher und trat der englischen Maschinenbauergewerkschaft „Amalgamated Engineering Union“ bei. Seine politische Arbeit setzte er nebenher fort. Unter den Pseudonymen „Jack Smith“ und „Buerig“ schrieb er für die ISK-Exilzeitschrift „Die Sozialistische Warte“ – obwohl ihm die Situation in Deutschland kaum Hoffnung machte. Angesichts der großen Zustimmung, der sich das NS-Regime mittlerweile selbst im Arbeitermilieu erfreute, beklagte er das „politische Abstumpfen“, die „Mutlosigkeit“ und das Fehlen „gegenseitigen Vertrauens“ in der Arbeiterschaft.

Als Deutschland am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg begann, hatte dies für Dannenberg unmittelbare persönliche Folgen. Da sich auch Großbritannien von Beginn an im Kriegszustand mit Deutschland befand, galt der Sozialist aus Hannover wie alle deutschen Staatsbürger auf der Insel als Sicherheitsrisiko – trotz seiner jahrelangen konsequenten Oppositionstätigkeit gegen den Nationalsozialismus. 1940 wurde Dannenberg deswegen nach Australien deportiert und durfte erst zwei Jahre später nach London zurückkehren. Seinem politischen Engagement tat dies keinen Abbruch. Wie zuvor arbeitete er für den ISK und überdies für die deutschen Programme der BBC. Als die Niederlage Deutschlands bevorstand, wurde er im Herbst 1944 vom US-amerikanischen Geheimdienst Office for Strategic Services (OSS) sogar für den Einsatz hinter den feindlichen Linien ausgebildet, kam allerdings vor Kriegsende nicht mehr zum Einsatz.

Was Dannenberg im englischen Exil am meisten prägte, war ein Bewusstseinswandel – weg vom Ideal der Bestenherrschaft hin zu einer Bejahung der parlamentarischen Demokratie. Diese Überzeugung brachte er auch mit, als er am 23. Mai 1945 nach über sieben Jahren in das fast völlig zerstörte Hanno-



ver zurückkehrte. Er trat wieder in die SPD ein, ebenso wie die meisten seiner ISK-Genossen, denn die SPD war die demokratische Alternative zur KPD und eine dritte sozialistische Partei kam für Dannenberg als Lehre aus der Spaltung der Arbeiterschaft vor der NS-Machtübernahme nicht in Frage. An den Verhandlungen mit dem westdeutschen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher über die Aufnahme des ISK in die Sozialdemokratie war er 1945 sogar persönlich beteiligt gewesen. Dennoch hatte Dannenberg keine parteipolitischen Ambitionen, sondern konzentrierte sich wie schon in seiner Untergrundtätigkeit und im Exil auf die Gewerkschaftsarbeit. Kurz nach Kriegsende waren in Hannover und anderen Orten Sektionen der Allgemeinen Gewerkschaft entstanden, die im Gegensatz zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) in der Weimarer Republik keine lose Dachorganisation, sondern eine Einheitsgewerkschaft war, in der die Beschäftigten einzelner Branchen nicht durch unabhängige Industriegewerkschaften, sondern durch *jeweilige Wirtschaftsgruppen* der Allgemeinen Gewerkschaft vertreten wurden.

Dannenberg gehörte der Wirtschaftsgruppe Metall an, die ihre Arbeit formal erst nach der offiziellen Gewerkschaftszulassung durch die britische Besatzungsverwaltung am 7. November 1945 aufnehmen durfte. Dabei kam Dannenberg zupass, dass der ursprünglich für den Vorsitz der Wirtschaftsgruppe Metall vorgesehene Heinrich Heine (der Erster Bevollmächtigter des DMV Hannover 1930–1933 gewesen war) aus Altersgründen verzichtete. Stattdessen wählte die erste Delegiertenkonferenz der Hannoveraner Wirtschaftsgruppe Metall am 8. April 1946 Otto Brenner zum Vorsitzenden und Alfred Dannenberg zu seinem Stellvertreter. Im Alter von 40 Jahren war Dannenberg damit zum ersten Mal in seinem Leben hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär.

Gemeinsam mit Brenner wollte Dannenberg nicht nur materielle Verbesserungen für die Beschäftigten, sondern mehr betriebliche Mitbestimmung erreichen, um die Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken. Beide waren bereit, für dieses Ziel den Streik als schärfste gewerkschaftliche Waffe einzusetzen. Am 14. November 1946 schrieb Dannenberg an den langjährigen ISK-Vorsitzenden Willi Eichler: „Brenner und ich wurden uns einig, daß wir auch vor evtl. Streiks nicht zurückschrecken wollten, im Gegenteil haben wir in einigen Versammlungen der Betriebsräte der Gruppe Metall – immerhin $\frac{1}{4}$ der gesamten Gewerkschaft in Hannover – ganz deutlich gesagt, daß man sich auf solche Arbeitskämpfe einschließlich Streiks gefaßt machen müsse.“ Diese Aussage war brandaktuell, denn schon eine Woche später ergab sich für die Wirtschaftsgruppe Metall Hannover die Gelegenheit zum ersten Streik im Nachkriegsdeutschland. Die Belegschaft des Hannoveraner Sicherheitsunternehmens Bode-Panzer legte die Arbeit nieder, nachdem ihr die Geschäftsleitung jegliche Mitbestimmung verweigerte. Dannenberg und der Gewerkschaftssekretär Heini Menius sahen die Gelegenheit, Bode zu einem



Präzedenzfall für die betriebliche Mitwirkung zu machen und gleichzeitig mit Blick auf ganz Deutschland gewerkschaftliche Stärke zu demonstrieren. Dies galt umso mehr, da Bodes Eigentümer Hermann Bode gleichzeitig der Präsident des Metallindustrieverbandes war. Mit Brenners Unterstützung brachten Dannenberg und Menius den Bode-Panzer-Streik am 14. Dezember 1946 zu einem erfolgreichen Ende. Das Unternehmen musste eine weitgehende betriebliche Mitbestimmung akzeptieren.

Zur Zeit des Bode-Panzer-Streiks befanden sich die Gewerkschaftsorganisationen im Umbruch. Die Einheitsgewerkschaft hatte keine Zukunft, denn die britische Besatzungsmacht, aber auch die meisten Funktionäre, darunter Dannenberg, präferierten die traditionellen Industriegewerkschaften. Am 20./21. Februar 1947 fand in Peine die Gründungskonferenz der IG Metall statt. Hier deutete sich bereits ein Konflikt zwischen den Hannoveranern und dem neuen Hauptvorstand (HV) in der britischen Besatzungszone an. Der HV sah die Streikbereitschaft der Ortsverwaltung Hannover durchaus kritisch. Um sich Einfluss auf die regionalen und lokalen Entscheidungen zu sichern, beantragte die Gewerkschaftsführung, dass Streiks einer Zustimmung des HV bedürften und künftige Bezirksleiter durch den HV bestätigt werden müssten. Beide Anträge wurden angenommen, jeweils gegen die Stimme Dannenbergs. Offen zum Ausbruch kam der Konflikt mit dem HV im Sommer 1947: Im Hannoveraner Zweigwerk der Kölner Apparatebau-Firma Schmidding legten die Beschäftigten die Arbeit nieder, um gegen die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Hartung zu protestieren, der Material über die NS-Vergangenheit des Betriebsleiters Franz Kraus zusammengetragen hatte. Während der HV diesen Konflikt vor das Arbeitsgericht bringen wollte, setzte die Ortsverwaltung Hannover auf einen Streik.

In den unterschiedlichen Positionen von HV und Ortsverwaltung kam auch ein Generationenkonflikt zwischen den älteren Vorstandsmitgliedern, die schon in der Weimarer Republik hauptamtliche Gewerkschafter gewesen waren, sowie den jüngeren Sekretären aus Hannover zum Tragen. Dannenberg und Brenner trafen sich mit Walter Freitag und Erich Bührig vom HV zu einer Aussprache, die aber keine Einigung brachte. Später meinte Dannenberg sarkastisch: „In diesem Gespräch wurde klar, daß wir keine Chance haben würden, den ‚älteren erfahreneren Kollegen‘ unseren Standpunkt begrifflich zu machen, warum wir einer direkten Aktion unsere Unterstützung zuteil werden lassen wollten.“ Da Otto Brenner sich vorbehaltlos hinter die Streikenden stellte, zwang er den HV geradezu, den Streik schließlich doch zu genehmigen. Der Schmidding-Streik zog sich über Monate hin und untermauerte vor allem die Entschlossenheit der IG Metall. Inhaltlich war er kein Erfolg. Zwar wurde die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden aufgehoben, doch hatte diese Entscheidung keine Bedeutung, da die Alliierten das Werk demontierten



Am Vorstandstisch v. l.: Anton Storch, Milli Adler, Otto Brenner, Alfred Dannenberg und Heinrich Menius, 1948.

und es daher in der Folge stillgelegt wurde.

Dannenberg unterstützte Brenners Wahl zum neuen Leiter des IG Metall-Bezirks Hannover. Dies machte auch den Weg für seinen nächsten Karriereschritt frei. Als Nachfolger Brenners wurde Alfred Dannenberg Anfang 1948 neuer Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover. Seine Amtszeit war zunächst von einer schweren Krise überschattet. Aufgrund der schlechten Ernährungslage kam es im Frühling 1948 zu Hungerstreiks, über die die Gewerkschaft zeitweise die Kontrolle

verlor. Dannenberg nahm an Verhandlungen mit der britischen Besatzungsverwaltung teil und erreichte eine Beteiligung der IG Metall an der Nahrungsmittelverteilung. Weil die Verteilungsorganisation die Nahrungsmittelknappheit jedoch nicht beseitigen konnte, besserte sich die Gesamtsituation nicht. Allerdings versandeten im Mai 1948 auch die Hungerstreiks, die Ausdruck einer spontanen Unzufriedenheit waren und kein politisches Ziel hatten. Eine deutliche Besserung trat wenig später hingegen mit der Währungsreform ein, in deren Folge ein starker wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte.

Dannenberg verfolgte schon während seiner Tätigkeit als Erster Bevollmächtigter Ziele, die über Hannover hinausgingen. So gehörte er Anfang der fünfziger Jahre dem Zehnerkreis an, einer zwischen SPD und Gewerkschaften angesiedelten Reformgruppe, die im Deutschen Gewerkschaftsbund neue Ziele durchsetzte. Hierzu zählten das Aktionsprogramm mit der Forderung nach einer 40-Stunden-Woche, höheren Löhnen und Gehältern, größerer sozialer Sicherheit, besserem Arbeitsschutz und mehr Mitbestimmung sowie auch einer antikommunistischen Ausrichtung der Gewerkschaften. Die Erfolge des Zehnerkreises verdankten sich auch dem Aufstieg Otto Brenners zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall. Als sein Nachfolger wurde Dannenberg 1953 neuer Bezirksleiter von Hannover – ein Amt, das er allerdings nur für ein Jahr ausübte.

Bereits 1954 wechselte Dannenberg als ständiger Vertreter der IG Metall und stellvertretender Generalsekretär in das Sekretariat des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) in Genf. Auf zahlreichen Reisen nach Afrika und Asien setzte er sich für den Beitritt der dortigen Metallgewerkschaften zum IMB ein. Als 1960 die Stelle des IMB-Präsidenten frei wurde, überredete er Otto



Brenner, an die Spitze der mit seinerzeit zehn Millionen Mitgliedern größten Gewerkschaftsföderation der Welt zu treten. Brenner wurde auf dem Internationalen Metallarbeiterkongress am 9.-12. Mai 1961 in Rom gewählt. Dannenberg trat 1971 in den Ruhestand und blieb in seiner Wahlheimat Genf. Dort starb er am 19. November 1999 im hohen Alter von 93 Jahren.



Heinrich Menius, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover von 1953–1973

Heinrich Menius

Für Heini Menius war Opposition gegen den Nationalsozialismus kein Lippenbekenntnis. Der Metallgewerkschafter, der seit 1928 KPD-Mitglied war, wurde noch vor der Machtübernahme Adolf Hitlers gemeinsam mit seiner Ehefrau Anna festgenommen, weil er KPD-Schriften verteilt hatte. Nach der Aufhebung des Rechtsstaats durch das NS-Regime im Februar 1933 erhob die Staatsanwaltschaft deshalb Anklage wegen „Zersetzung der Reichswehr und der Polizei“ gegen das Ehepaar Menius. Über die Folgen berichtete die kommunistische „Neue Arbeiterzeitung“:

„Der Genosse Menius wurde zu der ungeheuerlichen Strafe von 2 Jahren, 9 Monaten Gefängnis verurteilt, die Genossin Menius zu einem Jahr und 6 Monaten Gefängnis. Während des Prozesses kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Kriminalbeamten, die als Zeugen auftraten, und unseren angeklagten Genossen. So

wurde in der Voruntersuchung die Genossin Menius gezwungen, sich vor den Beamten vollkommen nackt auszuziehen, während man den Genossen Menius bei der Haussuchung auf das gemeinste beschimpft hat. Diese Ungeheuerlichkeiten wurden von den Zeugen nicht entkräftet. Die Genossin Menius ist durch die monatelange Untersuchungshaft so abgemagert, daß sie jetzt nur noch 80 Pfund wiegt.

Heini Menius gehörte einer Generation von Gewerkschaftern an, die in der Weimarer Republik begann, sich für die Arbeiterbewegung zu engagieren. 1908 in eine Hannoveraner Arbeiterfamilie hineingeboren, absolvierte er nach der Volksschule beim Pumpenhersteller Körting eine Ausbildung zum Werkzeugmacher. Bereits 1922 war er dem Deutschen Metallarbeiterverband beigetreten und ab 1923 ehrenamtlicher Jugendobmann. In dieser Zeit lernte er in der Sozialistischen Arbeiterjugend auch den späteren Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, kennen.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung waren für Menius wie für viele seiner Kolleginnen und Kollegen prägende Erfahrungen, aus denen sie nach dem Zweiten Weltkrieg Konsequenzen ziehen wollte. Menius' Ziel war eine nachhaltige Demokratisierung, nicht nur der Gesellschaft im Allgemeinen, sondern auch der Wirtschaft. Er betrieb den gewerkschaftlichen Kampf darum nicht nur, um höhere Löhne durchzusetzen, sondern auch um die Demokratie zu stärken.

ERSTE BEVOLLMÄCHTIGTE

IG Metall Hannover



Nicht von ungefähr spielte er eine führende Rolle beim ersten Streik im Nachkriegsdeutschland. Menius, der 1944 noch als Soldat eingezogen und kurzzeitig in Kriegsgefangenschaft geraten war, hatte sich unmittelbar nach Kriegsende der einheitlichen Allgemeinen Gewerkschaft angeschlossen – seit April 1946 auch als hauptamtlicher Sekretär in der Wirtschaftsgruppe Metall Hannovers. Schon bald bezog er Position, denn im November 1946 legten die 320 Beschäftigten des Hannoveraner Sicherheitsunternehmens Bode-Panzer eigenmächtig ihre Arbeit nieder.

Wie der seinerzeitige Erste Bevollmächtigte Otto Brenner erkannte Menius die große symbolische Bedeutung des Bode-Panzer-Streiks: Der Eigentümer von Bode-Panzer, Hermann Bode, war gleichzeitig der Vorsitzende des Metallindustrieverbandes. Ebenso wie die Gewerkschaft wollte Bode den Arbeitskampf in seinem eigenen Unternehmen für einen symbolischen Erfolg nutzen. Der Streik zog sich daher wochenlang hin, doch Menius, Brenner und der Zweite Bevollmächtigte Alfred Dannenberg blieben konsequent. Im Gegensatz zum Vorstand der Allgemeinen Gewerkschaft in der britischen Zone, der noch mit sozialistischen Reformen rechnete, ahnten sie bereits voraus, dass Streiks die einzige scharfe Waffe bleiben würden, die Gewerkschaften auch in Zukunft für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen haben würden. Am 14. Dezember 1946 zahlte sich die Entschlossenheit von Beschäftigten und Gewerkschaft aus: Bode-Panzer musste der vollen betrieblichen Mitbestimmung bei Einstellungen, Versetzungen, Entlassungen, Beförderungen, Produktion und Firmenstrategie zustimmen.

Gemeinsam mit Otto Brenner war Menius Gegner einer straff geführten Einheitsgewerkschaft. Stattdessen unterstützte er die Gründung der Einzelgewerkschaft IG Metall in der britischen Besatzungszone, die am 20./21. Februar 1947 auf dem Verbandstag in Peine erfolgte. Während Brenner Ende 1947 erster Leiter des neu geschaffenen IG Metall-Bezirks Hannover wurde, übernahm Menius, der mittlerweile von der KPD zur SPD übergetreten war, das Amt des Zweiten Bevollmächtigten in der Verwaltungsstelle Hannover. Und als der Erste Bevollmächtigte Hannovers, Alfred Dannenberg, 1953 zum Bezirksverband wechselte, trat Menius 1953 selbst die Funktion des Ersten Bevollmächtigten an, die er zwanzig Jahre lang bekleiden sollte.

Das zentrale Thema seiner Tätigkeit als Erster Bevollmächtigter war in den folgenden Jahren die Mitgliedergewinnung. Zwar waren bereits 1952 84 Prozent aller Metallarbeiter im Zuständigkeitsbereich der Ortsverwaltung Hannover organisiert, doch durch den Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Zahl der Industriearbeitsplätze stetig an. Besondere Bedeutung kam hierbei dem Bau der seinerzeit größten Fabrik Europas zu – dem VW-Nutzfahrzeuge-Werk in Hannover-Stöcken im Jahr 1956. Tausen-

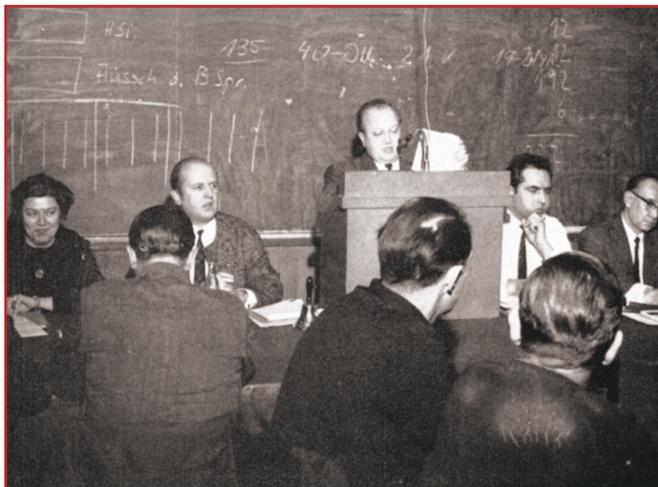


de Menschen fanden hier und in weiteren Unternehmen der Umgebung eine Beschäftigung – und diese Menschen galt es als Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen. Von Beginn an setzte die IG Metall Hannover auf den Einsatz ehrenamtlicher Vertrauensleute in den Betrieben. Lag deren Zahl 1956 noch bei 500, waren es im Jahr 1965 bereits 2.000. Zusätzlich konnte die IG Metall unter den Betriebsräten eine enorme Dominanz ausüben: Gut 80 Prozent aller Arbeitnehmervertreter waren organisiert. Das zahlte sich aus. Hatte die Ortsverwaltung im Jahr 1950 ungefähr 26.500 Mitglieder, waren es sechs Jahre später bereits 37.300. Im Laufe der sechziger Jahre setzte sich der Erfolg fort und zum



Jahresende 1968 überschritt die Mitgliederzahl der Ortsverwaltung erstmals die 50.000-Marke. Unter ihnen befanden sich auch Tausende ausländische Beschäftigte, die aufgrund des Arbeitskräftemangels seit Ende der fünfziger Jahre in die Bundesrepublik einwanderten. 1960 sprach Heini Menius erstmals vor 650 spanischen Hanomag-Beschäftigten, von denen 254 im Anschluss der IG Metall beitraten. Bis 1968 stieg der Organisationsgrad der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf 70 Prozent.

Besonderes Augenmerk lag auf der frühzeitigen Gewinnung der Jugendlichen. Die Verwaltungsstelle betrieb unter ihnen nicht nur klassische Mitgliederwerbung, sondern veranstaltete Musik- und Unterhaltungsprogramme. Diese Veranstaltungen lockten junge Menschen an, die bis dahin der Gewerkschaft ferngeblieben waren. Über die „1. Jugendrevue der IG Metall am 30. September 1956 im modernen Theater am Aegi“ hieß es im Geschäftsbericht, 1500 Jugendliche seien erschienen, von denen „ein großer Teil [...] tatsächlich Unorganisierte und solche, die man als Halbstarke bezeichnet“, waren.



Vertrauensleutesitzung bei Rheinstahl Hanomag Mitte der 1960er Jahre



Mitgliederwerbung war unter Heini Menius aber nicht nur ein Angebot, sondern auch das Einfordern von Solidarität unter den Beschäftigten. So hieß es im Geschäftsbericht 1955/56: „Leider sind aber auch die Nichtorganisierten Nutznießer unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Die organisierten Kollegen sollten in den Betrieben und Werkstätten noch eindringlicher und in aller Offenheit den Unorganisierten klarmachen, daß diese nicht auf die Dauer Leistungen in Anspruch nehmen können, für die sie nicht das geringste getan haben. Unseren organisierten Arbeitnehmern ist es auf Dauer nicht zumutbar, mit Menschen zusammenarbeiten zu müssen, welche durch ihre negative Einstellung zur Gewerkschaft oder ihr Abseitsstehen immer wieder den vorwärtsstrebenden Kollegen in den Rücken fallen.“

Als Gewerkschaft der Metallindustrie, in der oftmals harte körperliche Arbeit gefordert wurde, blieb die IG Metall Hannover auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine männliche Domäne. Der Frauenanteil war mit gut zehn Prozent niedrig, allerdings wurde 1954 mit Hilde Freund die erste Frau in den Ortsvorstand gewählt, die die Ortsverwaltung als Delegierte auch auf dem 3. Ordentlichen Gewerkschaftstag vertrat.

Dieser bundesweite Gewerkschaftstag wurde am 13.-18. September 1954 von der IG Metall Hannover ausgerichtet. Otto Brenner stellte hier den Delegierten das gewerkschaftliche Aktionsprogramm vor, dessen Kern nicht zuletzt die Forderung nach der 40-Stunden-Woche war. Auch Heini Menius betonte im Vorwort des Geschäftsberichtes 1955/56 „die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich [sei] vor allen anderen Forderungen des Aktionsprogramms zum Gewerkschaftsthema Nummer 1“ geworden. Wenige Jahre später setzte sich die IG Metall mit dem Bad Homburger Abkommen gegen den Arbeitgeberverband Gesamtmetall durch: Die vierzigstündige Arbeitswoche galt ab 1965 für alle Beschäftigten der westdeutschen Metallindustrie.

Wenngleich die Tagespolitik einen wichtigen Raum einnahm, blieben grundsätzliche politische Fragen für Heini Menius relevant. Er unterstützte die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die vor allem in der IG Metall Jugend aktiv betrieben wurde. In Schulungen beschäftigte sich die Gewerkschaftsjugend unter anderem mit dem Thema „Wiedergutmachung an Juden“, besuchte das Konzentrationslager Bergen-Belsen oder den Friedhof Jammertal, eine Gedenkstätte für Opfer der NS-Zwangsarbeit in Salzgitter. Menius sah in der NS-Vergangenheit eine Mahnung, Demokratie und Meinungsfreiheit nicht selbstverständlich zu nehmen. Angesichts der öffentlichen Diskussion um die Einführung von Notstandsgesetzen schrieb er 1962: „Die Erfahrungen aus unserer deutschen Vergangenheit schrecken. Bereits einmal hat unser Volk die Demokratie verspielt. Das darf uns soll sich nicht wiederholen. Aus diesem Grunde müssen wir jeder Eventualität vorbeugen. [...] Eine vorüber-



gehend eingeführte Diktatur droht immer endgültig zu werden, insbesondere in unserem an demokratischer Tradition so armen Volk.“

Die Verteidigung der Demokratie wurde für die IG Metall Hannover zeitweise sogar eine internationale Frage. Im Jahr 1970 überfielen Anhänger der griechischen Militärdiktatur (1967-1974) in Hannover mehrfach Landsleute, die sich aktiv in der IG Metall und als Vertrauensleute in den Betrieben engagierten. Die Gewerkschafter wurden brutal zusammengeschlagen, in mehreren Fällen zerschnitten die Täter ihren Opfern sogar die Gesichter. Während die Polizei den politischen Hintergrund zunächst nicht erkannte, untersuchte die IG Metall Hannover die Vorfälle selbständig und machte sie publik. Dabei gelang es auch, mehrere Täter zu identifizieren. Gegenüber dem Nachrichtenmagazin Spiegel vermutete Heini Menius mit Recht, das Athener Obristenregime schicke gezielt Gewalttäter nach Hannover, um griechische Beschäftigte in Deutschland abzuschrecken, sich für Demokratie und Arbeitnehmerrechte einzusetzen.

Menius' politisches Engagement stieß jedoch Ende der sechziger Jahre intern zunehmend auch auf Kritik. Jüngere Gewerkschafter wie der Vertrauenskörperleiter bei VW, Dieter Dicke, sahen Menius zu stark in der Parteipolitik Hannovers verhaftet. Dies brachte Menius auch den Vorwurf ein, sich von den Problemen auf der betrieblichen Ebene zu weit entfernt zu haben. Offensichtlich spielte hierbei auch ein Generationenkonflikt zwischen älteren und jüngeren IG Metall-Vertretern eine Rolle, der im Geschäftsbericht 1969-71 mit den Worten angedeutet wurde, die Gewerkschaftsjugend wolle „nicht länger Kindergarten der Gesamtorganisation bleiben“, wobei „diese Forderung nach Mitentscheidung nicht bei allen Mitgliedern und nicht in allen Teilen der Organisation auf begeisterte Zustimmung stößt. Verständlich deshalb, weil im Bild dieser Gesellschaft verantwortlich getroffene Entscheidungen vorrangig von reiferen Jahrgängen getragen werden.“

Wenig später, im Jahr 1973 erreichte Heini Menius nach 20 Jahren als Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover die Altersgrenze und ging in den Ruhestand.

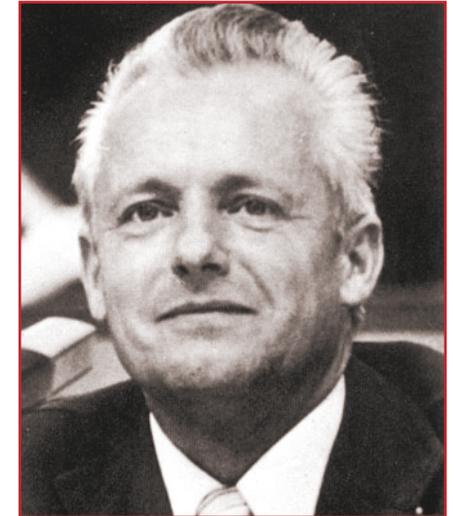


Claus Wagner

Um Claus Wagner vom Eintritt in die IG Metall zu überzeugen, brauchte es nur wenige Sekunden. Es war sein erster Arbeitstag bei der Aktiengesellschaft für Berg- und Hüttenwerke in Salzgitter und er hatte sich bei dem Betriebsratsvorsitzenden Erich Söchtig zu melden. An dieses Gespräch hat er auch nach 70 Jahren noch lebhaftere Erinnerungen: „Ich kam da rein und da sagte der: Biste im Verband? – Ich sage: In was für einem Verband? – Na, in der IG Metall? – Ich sage: Nee, bin ich nicht. – Sagt er: Wir Arbeiter müssen alle zusammenhalten. – Ja, habe ich gesagt. Das ist richtig. – Sagt er: Hier ist der Schein. Füll aus! – Zack, war ich Mitglied der IG Metall.“

Es war im Jahr 1947 und der aus Breslau stammende Claus Wagner war noch keine 18 Jahre alt. Hinter ihm lagen harte Erfahrungen, die ihn für sein weiteres Leben prägten. Zum Kriegsende war er noch als 15-jähriger zur Wehrmacht eingezogen worden und während zahlreiche seiner halbwüchsigen Kameraden starben, überlebte er. Wagner geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der ihm auf abenteuerlichem Weg die Flucht zurück in seine Heimatstadt gelang. Doch die wiedergewonnene Freiheit währte nur kurz. Polnische Sicherheitskräfte, die nun in den ehemals deutschen Ostgebieten zuständig waren, warfen ihm vor, Mitglied der nationalsozialistischen Terrororganisation ‚Werwolf‘ zu sein, deren Ziel Anschläge auf die alliierten Besatzungsmächte waren. Claus Wagner saß in der Folge neun Monate im Gefängnis, davon vier Monate in Einzelhaft. „Und was hinzukam: Ich war zweimal zum Tode verurteilt.“ Zu seiner eigenen Überraschung wurde er jedoch freigelassen. Wenig später floh er aus Breslau nach Wolfenbüttel, wohin es bereits seine Mutter und seinen Bruder verschlagen hatte. Mühevoll verdiente er sich in der neuen Umgebung seinen Lebensunterhalt als Holzfäller und Arbeiter in einer Zuckerfabrik. Dann erhielt er eine Arbeitsstelle als Dreher bei der AG für Berg- und Hüttenwerke in Salzgitter.

Wagners Arbeit in Salzgitter war eng mit seinem gewerkschaftlichen Engagement verknüpft. Er betätigte sich als Betriebsjugendsprecher, Vertrauensmann und Betriebsrat. Dass er auch als öffentlicher Redner für die Rechte von Beschäftigten eintrat, hatte einiges mit der jüngsten deutschen Vergangenheit zu tun. Im Jahr 1955 wurde der frühere Generalkommissar im Reichsrüstungsministerium, Edmund Geilenberg, neuer Vorstandsvorsitzender der AG für Berg- und Hüttenwerke. Geilenberg war ein maßgeblicher NS-Verbrecher, der mit dem nach ihm benannten Geilenberg-Programm zur Treibstoffversorgung



Claus Wagner, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover von 1973–1992



1944/45 für die Ausbeutung und den Tod tausender Zwangsarbeiter verantwortlich gewesen war. Er wurde nie zur Rechenschaft gezogen, stattdessen stand er als geachteter Manager an der Spitze von Wagners Unternehmen und sprach zur Belegschaft in einem Kommandoton, als wäre das ‚Dritte Reich‘ niemals untergegangen. Claus Wagner erinnert sich: „Und dann war Betriebsversammlung. Und wir hatten einen neuen Chef: Edmund Geilenberg, Träger des Ritterkreuzes zum Kriegsverdienstkreuz, alter SS-Bonze. [...] Und ich habe es nicht mehr ausgehalten auf dem Sitz und bin hoch und habe gedacht: Du musst etwas dazu sagen. Ich muss gestehen, das war für mich eine Katastrophe. Die saßen oben auf so einem Podest, die Geschäftsleitung, und in der Mitte war das Pult mit dem Mikrofon und ich da hoch und da wusste ich, wofür das Pult da ist: Um sich festzuhalten! Das war das wichtigste, was es gab. Ich habe dann versucht, etwas zu sagen, so in dem Sinn: Sie sprechen hier von unserem Betrieb, da waren Sie noch im Gefangenenlager als Offizier. Wir haben hier bei Maisbrot und Rübensaft die Firma aufgebaut.“

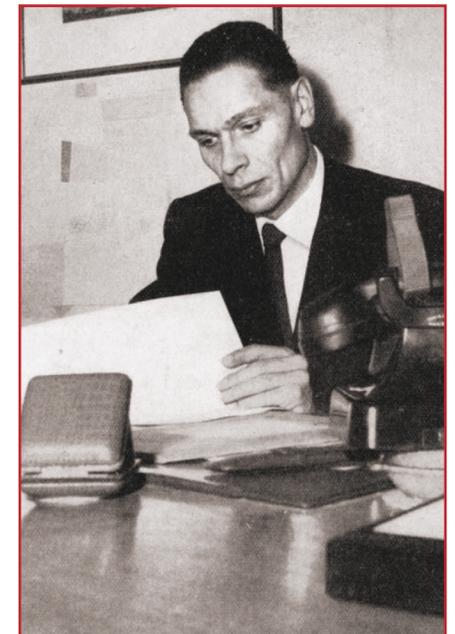
Claus Wagner war froh, als er die Bühne wieder verlassen durfte. Doch der Betriebsratsvorsitzende Erich Söchting, ein NS-Gegner, ehemaliger Kommunist und Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter, war von Wagners Auftritt sehr beeindruckt. Er rief ihn zu sich und drängte ihn, in Zukunft auch bei Gewerkschaftsveranstaltungen zu sprechen. Wagner ging darauf ein und sein Einsatz brachte ihn 1957 in einen Arbeitskonflikt. Die AG für Berg- und Hüttenwerke hatte den Verband für Arbeitsstudien (REFA) beauftragt, Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsproduktivität zu machen. REFA-Mitarbeiter prüften daraufhin mit Stoppuhren jeden einzelnen Arbeitsschritt der Beschäftigten und empfahlen, die veranschlagten Arbeitszeiten für diese Produktionsschritte entsprechend zu kürzen. Pausen und Erholungen waren dadurch kaum noch möglich. Claus Wagner und seine Kollegen dachten sich: „Das hört hier auf mit der Schinderei.“ Um sich zu wehren, griffen sie zu einem drastischen Mittel: Sie organisierten unabhängig von der Gewerkschaft einen „wilden Streik“.

Die Folge ließ nicht lange auf sich warten: Wegen unrechtmäßiger Arbeitsniederlegung wurde Claus Wagner fristlos entlassen. Zunächst machte er sich wenige Sorgen, denn ausgebildete Dreher wie er wurden auf dem Arbeitsmarkt gesucht. Doch wo er sich auch bewarb – er erhielt nur Absagen: Wegen seiner Vergangenheit als Betriebsratsmitglied wollte ihn kein Unternehmen einstellen. Vielleicht hatte sich auch sein „wilder Streik“ bei den potentiellen Arbeitgebern schon herumgesprochen. Wagners Glück war, dass Erich Söchting ihn nicht vergessen hatte. Der Betriebsratsvorsitzende setzte sich für ihn ein und sorgte dafür, dass Wagner wieder bei der AG für Berg- und Hüttenwerke eingestellt wurde.



Wagners Engagement führte dazu, dass er sich immer mehr für eine hauptamtliche Tätigkeit bei der Gewerkschaft interessierte. Als 1960 eine Stelle als politischer Sekretär bei der IG Metall Salzgitter frei wurde, bewarb er sich mit Erfolg. Bei der IG Metall war eine seiner wichtigsten Aufgaben die Mitgliedererziehung, etwa beim Elektronikhersteller Blaupunkt, der 1960 in Salzgitter ein neues Werk mit 2.000 Beschäftigten errichtete. Zudem organisierte er regelmäßig Wochenendschulungen für IG Metall-Funktionäre und so war es kein Zufall, dass er zwei Jahre später ganz in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit wechselte. Seit 1962 arbeitete Wagner als pädagogischer Mitarbeiter im IG Metall Bildungszentrum Lohr in Unterfranken. Es waren keine ruhigen Zeiten. In der Bundesrepublik setzte sich die Außerparlamentarische Opposition für eine stärkere Demokratisierung und teilweise auch für sozialrevolutionäre Ziele ein. Sie bekämpfte die Notstandsgesetze, die die Einschränkung von Grundrechten im Krisenfall ermöglichen sollten. Auch die IG Metall beteiligte sich an diesen Protesten und der Erste Vorsitzende, Otto Brenner, entsandte Wagner als Redner nach Baden-Württemberg, um gegen die geplanten Maßnahmen zu sprechen. Die Notstandsgesetzgebung wurde allerdings durch die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD 1968 beschlossen.

Anfang der siebziger Jahre fühlte sich Claus Wagner in Lohr nicht mehr recht wohl. Dass junge Referenten ohne eigene Betriebserfahrung Metallarbeiter schulen sollten, missfiel ihm. Als daher 1973 Betriebsräte aus Hannover sowie der Vertrauenskörperleiter bei VW, Dieter Dicke, an ihn herantraten und ihn zur Kandidatur für das Amt des Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Hannover aufforderten, stießen sie bei ihm auf offene Ohren. Der langjährige Erste Bevollmächtigte Heini Menius erreichte die Altersgrenze und etliche Gewerkschaftsvertreter um Dieter Dicke wollten verhindern, dass ihm der Zweite Bevollmächtigte Albert Kallweit nachfolge. Kallweit war stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Hannover und verbrachte nach Dickes Einschätzung 80 Prozent seiner Arbeitszeit in politischen Gremien. Daher wollten sie lieber einen Mann an der Spitze der Verwaltungsstelle sehen, der sich ganz auf die Gewerkschaft konzentrierte. Claus Wagner sagte zu und Dicke konnte ihm die Stimmen der VW-Delegierten garantieren. Bei der Delegiertenversammlung der IG Metall Hannover am 14. Dezember 1973 setzte sich Wagner tatsächlich in einer Kampfabstimmung durch und wurde neuer Erster Bevollmächtigter.



Albert Kallweit, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Hannover 1955–1974



Der Empfang für Willy Brandt auf dem 11. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover 1974

Ein Höhepunkt in Wagners früherer Amtszeit war die Ausrichtung des 11. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall vom 15. bis 21. September 1974, an der er als einer von elf lokalen Delegierten teilnahm. Er erinnerte sich noch Jahrzehnte später daran, wie ihn der kurz zuvor zurückgetretene Bundeskanzler Willy Brandt persönlich begrüßte: „Für mich war das ein Erlebnis, weil ich sagte: Die nehmen uns ernst. Die nehmen die IG Metall ernst.“ Zum Zeitpunkt des Gewerkschaftstages stand die IG Metall auf einem Höhepunkt ihres Einflusses, doch ein Strukturwandel der Wirtschafts- und

Arbeitswelt hatte bereits unweigerlich eingesetzt. Hannoveraner Aushängeschilder wie der Technikerhersteller Telefunken verschwanden, Hanomag überlebte nur mit einem Bruchteil der einstigen Beschäftigten und selbst Volkswagen baute in erheblichem Maße Arbeitsplätze ab. Wagners 20-jährige Tätigkeit als Erster Bevollmächtigter war daher geprägt von einem starken Rückgang industrieller Beschäftigungsverhältnisse: „Da war nichts mit großen Erfolgen, da war Abwehrkampf. Erhaltung von Arbeitsplätzen stand ganz vorn.“

Wagner blickte aber auch über den Tellerrand des Tagesgeschäfts hinaus. Er unterstützte die antifaschistische Erinnerungsarbeit, die seit 1975 in der IG Metall Jugend wieder mit Leben erfüllt wurde und organisierte die Kranzniederlegung auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer. Dort befindet sich die letzte Ruhestätte sowjetischer Kriegsgefangener und weiterer NS-Opfer, die noch in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges ermordet worden waren. Im Jahr 1979 ging die IG Metall voran, die Feier zum 1. Mai in Hannover wieder als Massenkundgebung zu gestalten, woran sich ein Jahr später auch der DGB beteiligte. Ein weiteres wichtiges Thema mit überregionaler Wirkung war die Wiederbelebung des Internationalen Frauentages als Kampftag der Gewerkschaft. Claus Wagner war hierbei ein Vorreiter, obwohl er auch im Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main auf Gegenwind stieß, denn der Frauentag wurde zu diesem Zeitpunkt nur in der DDR gefeiert. Alle Vorwürfe, er fördere eine kommunistische Veranstaltung, konnte er aber entkräften: Er gewann Annemarie Renger, die sozialdemokratische Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, als Festrednerin für die Feier des Internationalen Frauentages 1980 im Großen Sendesaal des Norddeutschen Rundfunks in Hannover. Renger sprach über das Thema „Berufs- und Arbeitsverbote für Frauen zwischen



Ideologie und Notwendigkeit“. Für etliche Jahre war die Feier des Internationalen Frauentags im Freizeitheim Linden ein Großereignis mit zahlreichen Gästen aus dem In- und Ausland.

Trotz des Rückgangs der Arbeitsplätze in der Metallindustrie konnte die Verwaltungsstelle Hannover die Zahl ihrer 50.000 Mitglieder bis Anfang der neunziger Jahre halten. Wagner trug hierzu bei, indem er einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf den Ausbau einer soliden Basis an Vertrauensleuten in den Betrieben legte. Gegen den Trend stellte er auch mehr Sekretäre ein, darunter im Jahr 1989 Marion Lenz – erste Frau in einem politischen Amt der IG Metall Hannover. Zum Jahresende 1992 ging Wagner in den Ruhestand, blieb aber der IG Metall Hannover verbunden. Er verstarb am 16. August 2017 im Alter von 87 Jahren.



Historisches Plakat zum Internationalen Frauentag



Dieter Dicke, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover von 1993–2002

Dieter Dicke

Für Dieter Dicke waren Lehrjahre keine Herrenjahre. Als er 1956 beim Hannoveraner Straßenbauunternehmen Max Pietsch eine Ausbildung zum Bauschlosser begann, erfuhr er rasch, was es bedeutete, wenn Arbeitnehmerrechte keine Rolle spielten: „Wir haben alles gemacht, nur keine Lehre. Das begann im ersten Lehrjahr mit Kaffeeholen, hauptsächlich Bierholen. Mittags sind wir dann in die Stadt gefahren nach Laatzen und haben für die Gesellen Essen eingekauft. Das war die Haupttätigkeit. Rasenmähen für den Chef, das ist eine Selbstverständlichkeit gewesen.“ Die einzige erlernte Tätigkeit, an die Dicke sich erinnern kann, war Schweißen. Als er zu seinem Meister ging und ihm sagte, für seine Gesellenprüfung müsse er doch auch Feilen und Sägen lernen, hörte er die Antwort, Sägen und Feilen könne er sich nach Feierabend selbst beibringen.

Dicke war froh, überhaupt eine Lehrstelle gefunden zu haben, denn er stammte aus sehr einfachen Verhältnissen. Noch 1942 im Zweiten Weltkrieg als eines von drei Kindern einer alleinerziehenden Mutter geboren, war an eine weiterführende Schulbildung nicht zu denken. Nach acht Jahren Volksschule hatte er die erste Lehrstelle angenommen, die er bekommen konnte, um zum Lebensunterhalt seiner Familie beizutragen.

Als er drei Jahre später trotz seiner schlechten Ausbildungsbedingungen die Gesellenprüfung ablegte, bestand für ihn kein Zweifel, dass er nicht bei Max Pietsch bleiben wollte. Stattdessen wechselte er zu Volkswagen Nutzfahrzeuge, wo er besser bezahlt wurde, aber wie viele andere Fachkräfte nicht im erlernten Beruf, sondern nur im Schichtbetrieb am Fließband arbeiten durfte. VW war für Dieter Dicke kein vorübergehender Arbeitgeber, sondern der Beginn einer jahrzehntelangen Bindung. Erst bei VW trat Dicke auch in die IG Metall ein, was damals noch keine Selbstverständlichkeit war, wenngleich der Organisationsgrad der 16.000 Beschäftigten um 1960 bereits bei etwa 50 Prozent lag.

Die Arbeitsbedingungen waren schwierig, der Leistungsdruck hoch und die IG Metall beklagte eine insgesamt „hektische Arbeitsatmosphäre“. Obwohl Dieter Dicke noch keine offizielle Funktion in der Arbeitnehmervertretung hatte, setzte er sich bereits für Verbesserungen ein: „Es gab keine Pausenregelung, es gab Stress ohne Ende in dem Ding und [...] damals habe ich dann schon mit dem Vertrauensmann bestimmte Sachen organisiert. Wir haben uns



zum Beispiel hingesetzt in der Pause und haben gesagt: Wir tun jetzt nichts mehr. Zehn Minuten setzen wir uns jetzt hin und machen Pause. Der Meister kam dann voller Wut: ‚Was ist denn hier los?‘ Ihr müsst überlegen: Laufendes Band. Das ist ja alles nicht so ohne. Da haben wir gesagt: Wir können nicht mehr. Wir müssen einfach Pause machen.“ Und so setzten sie regelmäßige Pausen durch.

Nachdem Dicke seinen Wehrdienst bei der Bundeswehr abgeleistet hatte, wählten ihn seine Kollegen am ersten Tag, als er wieder zurück in den Betrieb kam, zum Vertrauensmann. Dies ist eine ehrenamtliche Tätigkeit: Dicke arbeitete weiterhin am Fließband und setzte sich nebenher für die Belange seiner Kollegen ein. Immer wieder kam es dabei zu Konflikten mit dem Meister, der den Arbeitern seine Macht ganz bildlich vor Augen führte. So setzte er sich bei Gesprächen absichtlich auf seinen Schreibtisch, blickte auf die Beschäftigten herab und lehnte ihre Bitten ab. Wenn Dicke davon erfuhr, beschwerte er sich jedes Mal offiziell beim Betriebsrat über das Verhalten des Meisters, was ihm letztlich half, sich durchzusetzen: „Irgendwann kam der Meister und sagte, Dicke, Sie müssen mal reinkommen. [...] Jeden Scheiß mit dem Betriebsrat zu besprechen, das geht ja gar nicht. – Sag ich: Dann kommen Sie von Ihrem Schreibtisch runter und wir unterhalten uns vernünftig. Das war dann der Einstieg, der auch dann dazu geführt hat, dass ich ein gutes Verhältnis zu den Vorgesetzten gehabt habe.“

Dank dieses guten Verhältnisses konnte Dicke in die Normalschicht wechseln und dadurch als Vertrauensmann effizienter agieren. Im Laufe der sechziger Jahre stieg er zum Bereichsvertrauenskörperleiter auf und wurde am Ende des Jahrzehnts auch Vertrauenskörperleiter. Erst jetzt konnte er seine Freistellung von der Produktionsarbeit durchsetzen. Die Position des Vertrauenskörperleiters musste Dicke sich aber gegen den seit 1968 amtierenden Betriebsratsvorsitzenden Heinz Hilbich erkämpfen, dessen autoritären Führungsstil er ablehnte. Hilbich verlor in den nächsten Jahren an Rückhalt im Betriebsrat. Spätestens als 1973 ruchbar wurde, dass er ins VW-Management wechseln wolle und dazu jede Stellungnahme verweigerte, wurde ihm das Vertrauen entzogen und an seiner Stelle Gerhard Mogwitz zum neuen Betriebsratsvorsitzenden gewählt.

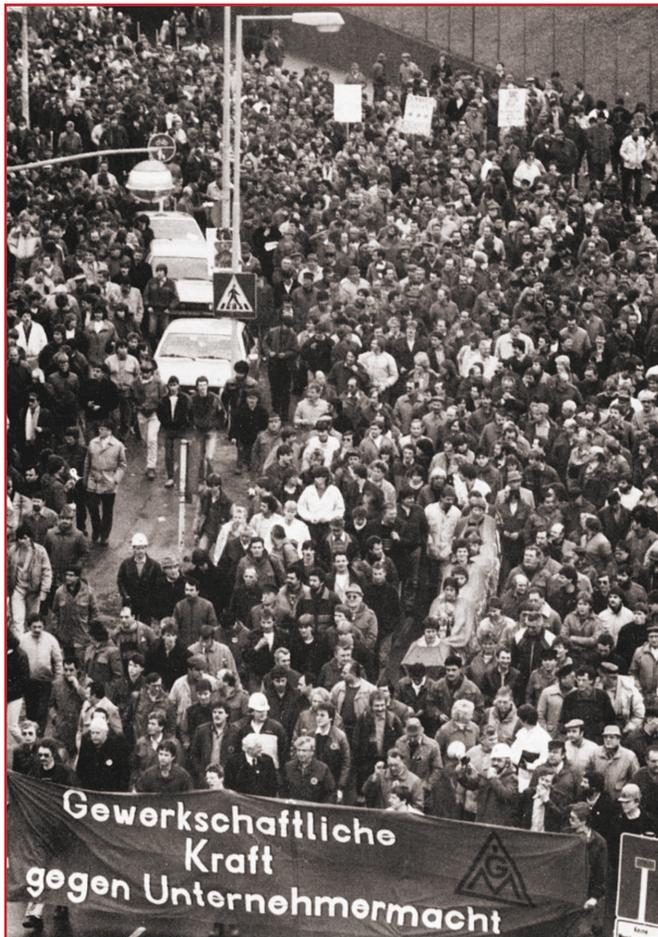
Mit Mogwitz verstand Dicke sich besser und „wir haben uns dann auch die Bälle zugeschmissen“. Zu den wichtigen gemeinsamen Projekten gehörte die Demokratisierung der Arbeitnehmervertretung bei VW, in die auch die ausländischen Kolleginnen und Kollegen einbezogen wurden. Dies zahlte sich aus. Bei Warnstreik-Aufrufen sahen sich die IG Metaller bisweilen dadurch herausgefordert, dass unerwartet viele Beschäftigte teilnehmen wollten. Dicke wollte eigentlich VK-Leiter bleiben. Angebote, Sekretär bei der IG Chemie



oder Schulungsreferent der IG Metall zu werden, lehnte er ab. Doch als in der Verwaltungsstelle Hannover der für VW zuständige Sekretär starb, änderte sich die Situation: „Die VW-Leute haben natürlich gesagt: Das muss einer von uns sein.“ So wurde Dieter Dicke am 1. September 1978 politischer Sekretär der IG Metall, neben Volkswagen betreute er noch den Batteriehersteller Varta und einige kleinere Betriebe.

Die IG Metall vertrat in dieser Zeit die materiellen Interessen der VW-Beschäftigten mit großem Erfolg. Daher gelang es Dicke und seinen Kollegen – wie den IG Metall-Funktionären an den anderen VW-Standorten auch –, den Organisationsgrad immer weiter zu erhöhen. 1979 lag er in Hannover bei

92,2 Prozent. Diese enorme Stärke brachte aber auch Krisen mit sich, bei denen Dicke „wirklich an der Grenze war“. Der hohe Organisationsgrad hatte bei den VW-Beschäftigten Erwartungen ausgelöst, die eigenen Interessen in Tarifkonflikten ohne schmerzhaftes Opfer durchsetzen zu können. Dicke wusste, dass es Dinge gab, die VW-Beschäftigten nicht zu vermitteln waren: „Du darfst ihnen auch nicht nur ansatzweise sagen: Du musst auf Geld verzichten.“ Dies wurde bei einer Tarifaufeinandersetzung jedoch nötig, nachdem die konservativ-liberale Bundesregierung die Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften durch die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) 1986 eingeschränkte: Bis dato hatte die IG Metall mit geringem Aufwand große Wirkung erzielt: Sie bestreikte Zuliefererbetriebe und traf damit auch die von diesen abhängigen Großunternehmen. Die Beschäftigten der Großunternehmen litten darunter kaum, weil sie bei Produktionsstillstand Anspruch auf Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld besaßen. Durch die Änderung von § 116 AFG stand ihnen jedoch kein Arbeitslosengeld mehr zu. Dicke er-



Protest gegen eine Änderung des § 116 AFG am 6. März 1986.



innert sich an die schwierige Situation der Kollegen, die in ihrer Wut auch ihn bedrohten und angriffen: „Das war also so ein Tiefpunkt, wo Du auch den Kollegen, wo Du nicht wusstest, was sollst Du noch sagen? Die haben dann gesagt: Ja, mein Vermieter will Miete haben. Was soll ich machen? Was soll ich machen? [...] Und wir mussten ihnen damals sagen, dass wir den Streik weiterführen, weil es notwendig war [...]. Das hat dann da wirklich dazu geführt, dass die Kollegen uns beschimpft haben, mit Schlägen gedroht haben, uns wirklich auch [...] über den Schreibtisch gezogen haben.“

Als Anfang der neunziger Jahre Dicke Führungsaufgaben bei der IG Metall Hannover übernahm, war seine große Nähe zu VW ausschlaggebend. Zunächst folgte er dem verstorbenen Hans Berkentin auf die Position des Zweiten Bevollmächtigten und als Claus Wagner in den Ruhestand ging, wurde Dicke von der Delegiertenversammlung zum 1. Januar 1993 auch zum neuen Ersten Bevollmächtigten gewählt. Anders als seine Vorgänger leitete Dicke nicht nur die Verwaltungsstelle, sondern betreute auch als Erster Bevollmächtigter weiterhin selbst Betriebe, vor allem natürlich Volkswagen. Bereits wenige Monate nach seinem Amtsantritt konnte er auch schon zu einem wichtigen Durchbruch für die VW-Belegschaft beitragen. Als Mitglied der Verhandlungskommission handelte er an der Seite von Jürgen



Durchbruch zur 28,8-Stunden-Woche: Verhandlungsführer Jürgen Peters (IG Metall) und Jochen Schumm (VW) am 25. 11. 1993

Peters im Herbst 1993 einen neuen Tarifvertrag aus, der die 4-Tage-Woche bei VW einführt und geplante Massenentlassungen verhindert. Was heute als einer der größten Erfolge in der jüngeren Geschichte der IG Metall erscheint, war damals in Hannover allerdings alles andere als unumstritten. VW Nutzfahrzeuge ging es gut und die Krise schien vor allem ein Kostenproblem des PKW-Modells Golf zu sein. Dicke hatte während der Verhandlungen allerdings erfahren, dass die Krise den Gesamtkonzern bedrohte. Daher trat er selbst vor die Belegschaft, um die mit der Arbeitszeitverkürzung eingetretenen Lohnverluste zu rechtfertigen: „Nachts haben wir verhandelt, sind morgens in den Betrieb gekommen und unsere Kollegen wollten das Ergebnis hören. Unser Vertrauensleutesaal: brechend voll. Draußen die Flure alle brechend voll. [...] Und ich [...] durfte dann den Kollegen das mitteilen und ich sage Euch: Das war ein Höllenritt. Aufgeheizte Belegschaft und denen das dann zu erklären



und ich sage mal, ein Stück weit schmackhaft zu machen und zu sagen, welche Bedeutung das für das Unternehmen hat, war eine wahnsinnig schwierige Geschichte.“

Viele Arbeitsplätze wurden durch diese Einigung gerettet, aber der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in der Metallindustrie und dem Metallhandwerk Hannovers ließ sich dadurch nicht aufhalten. Zwischen 1980 bis 1997 sank deren Zahl um fast ein Viertel. Zwar



übernahm die IG Metall Hannover im Zuge einer bundesweiten Gewerkschaftsfusion in den Jahren 1998 und 2000 die lokalen Verwaltungsstellen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Die Mitgliederzahlen von GTB und GHK waren jedoch gering und so verwundert es nicht, dass in den neunziger Jahren auch die IG Metall Hannover ihren Mitgliederstand nicht halten konnte. Während Dicke Amtszeit ging die Zahl der organisierten Beschäftigten von 50.000 auf 43.000 zurück.

Dieter Dicke im Gespräch mit Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg (links)

Dementsprechend sank auch die Zahl der Betriebsräte und Vertrauensleute, deren Arbeit durch neue Arbeitszeitmodelle erschwert wurde. Dicke legte daher einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit als Erster Bevollmächtigter auf die Mitgliedergewinnung. Gewerkschaftliche Bildung war dabei für ihn ein ganz wesentlicher Faktor und es gelang, gegen den Trend mehr Teilnehmer an den Wochenendseminaren zu gewinnen, die die Verwaltungsstelle gemeinsam mit der Bezirksleitung und der gewerkschaftlichen Bildungsvereinigung Arbeit+Leben organisierte. Den Einsatz moderner Techniken trieb Dicke auf diesem Gebiet ebenso voran: Auf dem 5. Außerordentlichen Gewerkschaftstag 1998 in Mannheim stellte die IG Metall Hannover als erste Verwaltungsstelle bundesweit eine CD-ROM mit dem Titel „Mitglieder werben, aufnehmen und halten“ vor.

Die Bundesregierung unter Helmut Kohl versuchte in den neunziger Jahren, den Mitgliederrückgang der Gewerkschaft zu nutzen, um Arbeitnehmerrechte abzubauen. Ein wichtiger Schritt war im September 1996 die Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 Prozent. Wie im ganzen Bundesgebiet organisierte Dicke mit der Verwaltungsstelle Hannover Info-Stände



in der ganzen Stadt, um soziale Einschnitte zu bekämpfen. Wenige Monate später konnte die IG Metall gegenüber den Arbeitgebern die hundertprozentige Lohnfortzahlung tariflich vereinbaren. Nach dem Regierungswechsel zur rot-grünen Bundesregierung 1998 wurde die Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch gesetzlich wieder abgeschafft.

Dicke wollte allerdings nicht nur mit Protesten Politik beeinflussen, sondern nahm die nach dem Weggang Albert Kallweits 1973/74 weitgehend abgebrochenen direkten Kontakte in die Politik wieder auf. Der spätere sozialdemokratische Oberbürgermeister von Hannover und niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil hatte Dicke ausdrücklich dazu aufgefordert. Die Kontakte beschränkten sich aber nicht nur auf die SPD, auch zur CDU entwickelte sich ein gutes Verhältnis, worin Dicke einen Beweis für die politische Bedeutung der IG Metall in Hannover sieht: „Und es hat nichts damit zu tun, dass die uns lieben, sondern es hat etwas damit zu tun, dass wir eine Macht sind hier vor Ort. Wir bestimmen die Musik, nicht die [...].“

Nach fast zehn Jahren als Erster Bevollmächtigter schied Dieter Dicke am 1. Juni 2002 im Alter von 60 Jahren aus dem Amt. Seine Abschiedsfeier fand, seinem Lebenslauf gemäß, bei Volkswagen statt.



Reinhard Schwitzer, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover von 2002–2012

Reinhard Schwitzer

Reinhard Schwitzer begann sich Mitte der 1960er Jahre in der IG Metall zu engagieren, weil er als Wehrdienstverweigerer anerkannt werden wollte. Wehrdienstverweigerung war zu dieser Zeit keine Formalität, sondern ein kompliziertes Prüfungsverfahren mit ungewissem Ausgang. Daher erhoffte sich Schwitzer, der 1964 als 17-Jähriger bei VW Nutzfahrzeuge in seiner Heimatstadt Hannover eine Ausbildung zum Maschinenschlosser begonnen hatte, für seinen Verweigerungsantrag Hilfe bei der Gewerkschaft. Kurz nach seinem Eintritt bei VW war er bereits Mitglied der IG Metall geworden und nun, da sich die Frage seines Wehrdienstes stellte, suchte er den näheren Kontakt zu den Jugendvertretern. Sie unterstützten ihn bei seiner erfolgreichen Anerkennung als Wehrdienstverweigerer und diese Zusammenarbeit „hat mich dann [...] stark sozialisiert“. Ende 1966 wurde Schwitzer selbst Jugendvertreter.

Reinhard Schwitzers Sozialisierung in der VW-Jugendvertretung war kein Strohfeuer. Er knüpfte engere Kontakte zum Betriebsrat und zur Vertrauenskörperleitung und ließ die Verbindung auch nicht abreißen, als er VW im Frühling 1968 verließ. Mittlerweile hatte er seine Ausbildung abgeschlossen und wollte nicht dauerhaft als Schlossergeselle tätig sein. Daher holte er 1968–1970 auf dem zweiten Bildungsweg am Hannover Kolleg sein Abitur nach und studierte anschließend Geschichte und Politik auf Magister. Schwitzer wollte sich aber nicht nur selbst fortbilden, sondern Bildung auch an andere vermitteln. Ehrenamtlich engagierte er sich in der gewerkschaftlichen Jugendbildung, organisierte Wochenendschulungen im DGB-Jugendheim Ehlershausen oder war Teamer für Jugendvertreterseminare.

Darüber hinaus begann Schwitzer sich politisch einzumischen. Anlass hierfür war der sogenannte Radikalenerlass, den die sozialliberale Bundesregierung 1972 beschlossen hatte. Dieser Erlass sollte Angehörigen radikaler Parteien den Eintritt in den öffentlichen Dienst verwehren. Zwar wurde nur vergleichsweise wenigen Personen tatsächlich die Beschäftigung im öffentlichen Dienst verweigert, aber die Behörden ließen über eine Million Bewerberinnen und Bewerber geheimdienstlich überprüfen. Dadurch entstand der Eindruck, politische Nonkonformität könne zu Berufsverboten führen, zumal viele Tätigkeiten, etwa als Lehrer oder Postbediensteter, nur im öffentlichen Dienst möglich waren. Nicht zuletzt fiel auf, dass sich geheimdienstliche Anfragen und Ausschlüsse aus dem öffentlichen Dienst fast immer nur gegen Menschen



des linken Spektrums, aber kaum gegen Rechtsradikale richteten. Gegen diesen Radikalenerlass protestierte Schwitzer öffentlich, was ihn in Konflikt mit Funktionären der IG Metall brachte, die nahezu ausschließlich Sozialdemokraten waren und die Politik ihrer SPD-geführten Bundesregierung verteidigten: „Ich war hier schon als Linker verschrien, im Negativsinne auch wirklich.“ Dadurch geriet Schwitzer in eine schwierige Situation, denn er strebte eine hauptamtliche Tätigkeit in der Gewerkschaft an. Als 1974 die Stelle des Jugendsekretärs bei der IG Metall Hannover neu besetzt werden musste, war Reinhard Schwitzer dafür wegen seiner langjährigen Jugendarbeit ein aussichtsreicher Kandidat. Unter anderem der Erste Bevollmächtigte Claus Wagner riet ihm allerdings, seine öffentlichen Proteste gegen den Radikalenerlass zu beenden. Aber Schwitzer wollte seine Überzeugungen nicht zurückstellen: „Dann habe ich gesagt: Ok, ich lass das sowieso nicht sein, dann müsst Ihr mich eben nicht einstellen. Dann müsst Ihr Euch einen anderen suchen.“

Schwitzer bewarb sich schließlich aber trotzdem um den Posten des Jugendsekretärs und musste sich einem Gegenkandidaten stellen, der vom VW-Betriebsrat unterstützt wurde. Dieter Dicke erinnert sich: „Wir sollten einen neuen Sekretär einstellen und es standen zwei Kollegen zur Auswahl. Reinhard Schwitzer und ein Kollege von Volkswagen. [...] Und ich habe den strengen Auftrag gehabt von der Vertrauenskörperleitung, nur den Kollegen von Volkswagen zu wählen und nicht Reinhard Schwitzer. In der Ortsvorstandssitzung hat sich Reinhard dann vorgestellt und damit brauchte ich gar nichts mehr sagen [...]. Es war ein Unterschied wie Tag und Nacht in der Vorstellung und es war damit also klar, dass Reinhard Schwitzer Sekretär wurde.“ Allerdings war nicht für alle Schwitzers Einstellung so selbstverständlich wie für Dieter Dicke. So musste sich Schwitzer wegen seines politischen Engagements vor dem Vorstand der IG Metall rechtfertigen, der unter dem Ersten Vorsitzenden Eugen Loderer (1972–1983) linke Oppositionsgruppen innerhalb der Gewerkschaft entschieden bekämpfte. Schwitzer erinnert sich, wie er von Loderer auch persönlich angesprochen wurde, der ihn „wegen meines negativen Engagements [kritisierte]. Da lacht man heute drüber, damals war mir ganz anders zumute.“ Nicht zuletzt aufgrund dieses Drucks trat Reinhard Schwitzer 1976 auch in die SPD ein.

In seiner neuen Aufgabe als Jugendsekretär erhöhte Schwitzer die Attraktivität der IG Metall Hannover für junge Menschen, indem er gewerkschaftspolitisches Engagement mit Unterhaltungsangeboten verband. Massenereignisse waren beispielsweise die jährlichen Pfingstjugendtreffen, die Schwitzer mit anderen Kollegen wiederbelebte und zu denen zeitweise über 10.000 Jugendliche aus der ganzen Bundesrepublik nach Hannover reisten. Gleichzeitig organisierte er zudem mit der IG Metall Jugend in Hannover Konzerte, zum Beispiel 1975 mit der Politrockband „Lokomotive Kreuzberg“. Dabei ging es nicht



Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs bei der IG Metall Hannover 1978

nur um Unterhaltung und Werbung für die IG Metall, sondern auch um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus: „Wenn Du Kriegsdienstverweigerer bist und ich habe diese Prüfung damals bestanden, dann bist Du eigentlich politisch entsprechend gepolt und das hat sich auch nie geändert.“ Der Geschäftsbericht 1976/78 hielt fest, dass „die Stärkung antifaschistischer Tradition besonderer Bestandteil der Jugendarbeit ist“. Seitdem entwickelte sich Hannover zu einer führenden Verwaltungsstelle innerhalb der IG Metall, was den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit angeht. Schon Mitte der siebziger Jahre besuchten Schwitzer und die IGM Jugend Gedenkstätten für Regimegegner und ausländische Zwangsarbeiter. Das Denkmal auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer schützten sie mit Mahnwachen gegen Schmierereien durch Neonazis.



Im Gegensatz zu anderen politischen Fragen fand Reinhard Schwitzer für seinen Kampf gegen den Rechtsextremismus in der Verwaltungsstelle immer Unterstützung. Claus Wagner förderte sein Engagement und Dieter Dicke begleitete ihn auf Demonstrationen. Schwitzer erinnert sich an den gemeinsamen Versuch, mit einer Blockade eine NPD-Veranstaltung in Hannover zu verhindern – „da ist die Polizei hinter uns mit Pferden her geritten“. Diese gute Zusammenarbeit führte später dazu, dass Dieter Dieter, als er für das Amt des Ersten Bevollmächtigten kandidierte, Reinhard Schwitzers Bewerbung um das Amt des Zweiten Bevollmächtigten unterstützte. Dicke erinnert sich, „damals hatte man alles Mögliche gemacht, um ihn [Reinhard Schwitzer] zu verhindern, aber gut, dafür war ich einfach zu stark in den Betrieben verankert.“ Tatsächlich konnte sich Reinhard Schwitzer durchsetzen und wurde zum 1. Januar 1993 zum Zweiten Bevollmächtigten der IG Metall Hannover gewählt.

Ebenso wie Dieter Dicke betreute er als Zweiter Bevollmächtigter selbst Betriebe. Diese Tätigkeit war allerdings auch mit Rückschlägen verbunden, die sich seit den achtziger Jahren aus dem Verlust industrieller Arbeitsplätze ergaben. „Also, das ist dann schon bitter, wenn ganze Belegschaften im Laufe der Jahre [...] alle nach Hause geschickt werden, die keine Perspektive haben und dann auch persönlich-familiär große Schwierigkeiten haben [...]“. Unverändert versuchte Schwitzer Arbeitnehmerrechte durch gewerkschaftliche Bildung zu verbessern, indem er unter anderem den Arbeitskreis Tarifpolitik der IG Metall Hannover übernahm. In monatlichen Treffen organisierte er dort Schulungen für Betriebsräte der Metallindustrie in Tarifvertragsrecht und tarifvertraglichen Regelungen. Über die Zusammenar-

ERSTE BEVOLLMÄCHTIGTE
IG Metall Hannover



beit mit Dieter Dicke meinte er im Nachhinein: „Das war nie eine einfache Zeit, aber das war immer eine produktive Zeit.“ Als Dieter Dickes Amtszeit endete folgte ihm Reinhard Schwitzer zum 1. Juni 2002 als Erster Bevollmächtigter. Zum ersten Mal war seine Wahl nicht umstritten, „weil die kannten mich ja alle lange und die kannten auch meine Macken und meine positiven Seiten [...]“.

Reinhard Schwitzers Amtszeit war noch mehr als diejenige seiner beiden Vorgänger durch die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung geprägt. Der Wettbewerb um die günstigsten Unternehmensstandorte nahm ebenso zu wie die Orientierung vieler Unternehmen an kurzfristigen Renditezielen. Schwitzer erkannte, dass dadurch die Möglichkeiten einer kraftvollen Interessenvertretung der Beschäftigten immer schwieriger wurde: „Als Gewerkschaft ist man ja heute in der Situation, dass hier betriebliche Entscheidungen gefällt werden, die mit uns zwar diskutiert werden, aber letztendlich ist man ja nicht Herr des Geschehens, nicht? Da sagen die Unternehmer oder das Kapital sagt, wir schließen jetzt hier die Bude, und dann können wir da versuchen noch was zu retten, was zu retten ist [...]“. Als besondere Enttäuschung erlebte Reinhard Schwitzer den massiven Sozialabbau durch die rot-grüne Bundesregierung in den Jahren 2003–2005: „Dann kam Schröder und da haben wir alle gedacht, dass ist jetzt der Große, der mit den Gewerkschaften zusammen eine richtig gute linke Politik macht und nicht [...] dann Arbeitslosengeld reduziert, Arbeitslosenhilfe ganz abschafft, Hartz IV macht und jetzt erleben wir ja die ganzen Folgen.“

Vor allem aufgrund des Wegfalls traditioneller Arbeitsplätze in der Metallindustrie sank die Mitgliederzahl der IG Metall Geschäftsstelle Hannover bis 2010 auf etwa 37.000 Menschen, stabilisierte sich dann aber erstmals wieder. Die Zahl der Vollzahler nahm sogar wieder leicht zu. Zahlreiche Aktionen, darunter persönliche Ansprachen, Gutscheine und Rückholkampagnen wirkten dem Mitgliederschwund entgegen. Mit Massenprotesten, an denen sich insgesamt 46.000 Beschäftigte beteiligten, konnte die Geschäftsstelle Hannover 2003 dazu beitragen, Aufweichungen der Tarifautonomie zu verhindern, zum Beispiel die Einführung betrieblicher Vereinbarungen auf Kosten des Flächentarifvertrages.

Ein Meilenstein in Reinhard Schwitzers Amtszeit war die Ausrichtung des 20. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall in Hannover am 14.-18. Okto-



Gedenkstätte für die im Nationalsozialismus ermordeten Kriegsgefangene und ausländischen Zwangsarbeiter am Maschsee.



| Hannover

ber 2003 und ebenso die Einweihung des gemeinsamen Gewerkschaftshauses der IG Metall am Postkamp 12. Anders als in vielen anderen Städten sind seit August 2004 Geschäftsstelle und Bezirksleitung unter einem Dach vereint. Mit besonderem Engagement widmete sich Schwitzer aber auch als Erster Bevollmächtigter dem Kampf gegen den Rechtsradikalismus und setzte sich für die Erinnerungskultur ein. Ein wichtiges Beispiel war die 2002 auf dem Seelhorster Friedhof errichtete Gedenkstele zu Ehren der 154 dort ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter. Regelmäßig werden am 6. April, dem Tag des Massakers, Gedenkveranstaltungen organisiert – ebenso wie Erinnerungsfeiern am 1. September als Antikriegstag und dem 8. Mai als Jahrestag des Kriegsendes am Maschsee-Denkmal: „Das sind alles diese Markenzeichen, die wir in den letzten Jahren entwickelt haben.“

Im Alter von 65 Jahren beendete Reinhard Schwitzer seine Tätigkeit als Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover und erhielt am 29. Juni 2012 seine Abschiedsfeier.

***Auch im Ruhe-
stand engagiert
sich Reinhard
Schwitzer gegen
Rechts, hier auf
der Kundgebung
am 15.11.2014
„bunt statt
braun“ in
Hannover.***



FOTO: IG METALL HANNOVER